

Lieben ohne Angst für alle!

Alltäglicher Diskriminierung von LGBTI-Menschen in der EU endlich ein Ende setzen

Europa ist unser Zuhause, und ich betone: unser aller Zuhause. 20, 21, 23 – diese Artikel in der EU-Grundrechtecharta schreiben den Gleichheitsgrundsatz und das Diskriminierungsverbot für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger fest. Dennoch sind Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersex-Personen in Europa nach wie vor massiver Benachteiligung, Mobbing und Gewalt ausgesetzt – in Schulen, am Arbeitsplatz und in ihrem alltäglichen Lebensumfeld, wo immer wieder Angst vorherrscht. In einer von der EU-Grundrechteagentur durchgeführten Umfrage gab rund die Hälfte aller TeilnehmerInnen an, persönliche Diskriminierung oder Belästigung in Bezug auf ihre sexuelle Orientierung zu erleben. 2/3 der Befragten gaben an, auf der Straße Angst davor zu haben, mit ihrem/ihrer Liebsten Hand in Hand zu gehen. Mindestens 60 Prozent erfuhren aufgrund ihres lesbisch- oder schwulseins negative Kommentare oder Behandlung in der Schule. 35 Prozent der befragten Transgender-Personen wurden innerhalb eines Jahres entweder angegriffen oder mit Gewalt bedroht.

Diese Zahlen zeigen, dass wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können. Jetzt sind Taten gefragt. Es muss unser Ziel sein, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersex-Personen in Freiheit und ohne Angst leben können. Die EU gründet auf den Werten der Gleichheit und des Respekts. Unter der Europaflagge müssen alle Menschen geschützt sein. Das Europäische Parlament und besonders wir in der LGBT-Intergroup verstehen uns dezidiert als Watchdog und UnterstützerIn für die Umsetzung von LGBT-Rechten, damit Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Freiheit und ohne Angst leben können – in der EU wie in anderen Teilen der Welt, wo die Lage ja oft noch viel dramatischer ist.

Kulminiert ist dieser Kampf für ein Europa, in dem Homophobie nicht mehr länger geduldet wird, in meinem am 4. Februar 2014 von einer guten Mehrheit des Europaparlaments angenommenen Bericht für eine „EU-Roadmap gegen Homophobie und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität“¹.

¹ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0062+0+DOC+XML+V0//DE>

Der Inhalt dieses Fahrplans ist sehr detailliert und praxisorientiert. Um nur ein paar Forderungen zu zitieren: Die Kommission sollte sich bemühen, dass Themen im Zusammenhang mit den Grundrechten lesbischer, schwuler, bi-, trans- und intersexueller Personen bei sämtlichen relevanten Arbeiten einbezogen werden – beispielsweise beim Entwurf künftiger politischer Maßnahmen und Vorschläge oder bei der Überwachung der Umsetzung von EU-Recht; oder: Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten angehalten werden, relevante und vergleichbare Daten zu der Situation von LGBTI-Personen in der EU zu erheben; oder: Kommission und die Mitgliedstaaten sollten gemeinsam mit den einschlägigen Einrichtungen darauf hinwirken, die Bevölkerung für die Rechte von LGBTI-Personen zu sensibilisieren; oder: Die Kommission sollte mit all ihren Jugend- und Bildungsprogrammen die Gleichbehandlung aller Menschen fördern und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität bekämpfen; ...

Zusammengefasst fordert dieser Bericht eine Vielzahl von systematischen Initiativen zum Kampf gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

Klingt nach etwas Selbstverständlichem – und sollte es im 21. Jahrhundert auch sein. Aber weit gefehlt. Das riesige Medieninteresse rund um den „Lunacek-Bericht“ und vor allem die im Vorfeld lancierten Gegen-Kampagnen von religiös- und nationalistisch-fundamentalistischen Gruppen haben eine Selbstverständlichkeit zu einem Kultur- und Ideologiekampf hochstilisiert: mehr als 40.000 Emails innerhalb weniger Tage in meiner Mailbox, meine gehackte Website und persönliche Hass-Mails waren eindeutige Beweise dafür.

Wer die bewussten Fehlinformationen, die von diesen Gruppierungen verbreitet wurden, gelesen und geglaubt hat, musste denken, wir Lesben und Schwule greifen um die EU- wenn nicht sogar die Weltherrschaft! Doch die Mehrheit der Abgeordneten dachte so wie wir Grüne und stimmte für die Selbstverständlichkeit, Homophobie zu ächten und auch auf europäischer Ebene institutionell zu bekämpfen. Dass trotz dieser massiver Anti-Kampagnen der Bericht über die politischen Lager hinweg eine Mehrheit gefunden hat, war für mich jedenfalls ein ermutigendes Zeichen und hat mir wieder einmal bewiesen, dass homophobe Positionen in Europa an Boden verlieren und die Mehrheit in Europa diese intoleranten Auswüchse nicht mehr hinnehmen will. Homophobe Gesetze wie homophobe Praxis sind inakzeptabel und werden in Europa nicht mehr geduldet. Wir im Europaparlament werden jedenfalls auch weiterhin nicht ruhen, bis Lesben, Schwule und Transgender überall ohne Angst leben können.

Dieser Bericht hat auf zehn ähnliche Vorstöße seitens des Europaparlaments in den drei Jahren zuvor aufgebaut. Die Kommission wurde damit also bereits zum vierten Mal aufgefordert, hier endlich konkrete wie kohärente Schritte gegen diese alltägliche Verachtung europäischer Werte zu setzen. Und über ein Jahr nach dieser Abstimmung kann ich berichten, dass jetzt endlich Bewegung in die Sache kommt: Vor wenigen Wochen hatte ich ein Treffen mit Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans und der für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung zuständigen EU-Kommissarin Věra Jourová, in dem sich beide zusammen erstmals positiv zu diesem Bericht und zum Ziel einer Roadmap geäußert haben. Für mich und uns steht jedenfalls fest, dass die EU-Kommission diesem

Auftrag des Parlaments jetzt endlich unverzüglich nachkommen muss – und da werden wir nicht lockerlassen und dranbleiben, bis das tatsächlich passiert.

Als zuständige Berichterstatterin für die „Equality Directive“ im Europaparlament möchte ich auch noch kurz auf dieses andere wichtige europäische Gleichbehandlungsgesetz eingehen. Von KritikerInnen wird regelmäßig im Zusammenhang mit dieser Richtlinie eine angeblich damit einhergehende „Umerziehung der Gesellschaft“ und der Verlust von Freiheit kritisiert.

Aber vor welcher „Umerziehung“ wird hier eigentlich gewarnt? Es geht um einen in breiten Teilen der Bevölkerung schon Einzug gehaltenen Bewusstseinswandel, der sich auch in konkreten Gesetzen niederschlägt: Dass nämlich Gleichbehandlung nicht das Privileg Gleicherer ist, sondern für alle gilt! Und welche Freiheit soll hier verteidigt werden? Ausschließlich die Freiheit ohne rechtliche Konsequenzen diskriminieren zu dürfen! Das ist eine falsch verstandene Freiheit!

Und es stimmt auch nicht, dass diese Regelung auf EU-Ebene seit Jahren keinen Konsens findet. Keinen Konsens gibt es im Rat – also zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten: Ginge es nach Kommission und Europaparlament wäre diese Richtlinie zum Schutz vor Diskriminierung außerhalb der Arbeitswelt seit 2009(!) auf Schiene – und Diskriminierungen aus Gründen der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung könnte so wie jetzt schon im Fall von Rassismus auch juristisch Einhalt geboten werden. Gemeinsam mit der bereits genannten und auch für diesen Bereich zuständigen EU-Kommissarin Jourová haben wir im Europaparlament einen neuen Anlauf dafür gestartet. Wenn wir Erfolg haben – und davon gehe ich aus – ist das ein Riesenschritt zur Durchsetzung des in der Grundrechte-Charta verankerten Gleichheitsgrundsatzes.

Abschließen möchte ich diesen Beitrag mit einem zugegeben symbolischen, aber für mich nichtsdestotrotz wichtigen Erfolg für unsere Bewegung und unsere Anliegen. Ich spreche vom Sieg von Conchita Wurst beim Eurovision Song Contest 2014 – ein großartiges Zeichen für Offenheit und Nicht-Diskriminierung, das gezeigt hat, dass die Menschen in Europa schon längst weiter sind als die Politik. Jetzt ist diese gefordert, um gesetzliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Leben und Lieben ohne Angst auch für LGBTI-Menschen zur Selbstverständlichkeit wird. Oder wie es Conchita auf den Punkt gebracht hat: We are unstoppable!



Autorin

Ulrike Lunacek, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, ist Delegationsleiterin der Österreichischen Grünen. Neben Ihre Tätigkeit im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist sie Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. Zudem ist sie als stellvertretendes Mitglied des Innenausschusses des Europäischen Parlaments schwerpunktmäßig mit Grundrechts- und Migrationsfragen beschäftigt. Ulrike Lunacek ist Präsidentin der LGBT-Intergroup.

Kontakt: ulrike.lunacek@gruene.at

Weitere Informationen unter: www.ulrike-lunacek.eu

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de